



Fuck Hartz IV

Killing Joke - 1.6.2006 um 21:35

Und mit dem heutigen Tag werden dann neue Vorkehrungen getroffen Hartz4 Leute aus dem Bezug zu drängen. Mal ein kleiner Vorgeschmack auf die Zeiten die da kommen werden?

- Jeder Hartz4 Empfänger ist verpflichtet sich bei seinem Sachbearbeiter abzumelden wenn er den Landkreis/Gemeinde verläßt. Das ganze erinnert mich an das Asylbewerbergesetz. Und wenn man diese Menschen dann obdachlos gemacht hat führt man Lager ein oder wie? Oder wie wäre es mit GPS-Fussfesseln?
 - Beweislastumkehr bei Bedarfsgemeinschaften. Heißt Leute die sich in WG zusammentun um günstiger wohnen zu können müssen nun nachweisen das sie keine Eheähnliche Gemeinschaft sind.
 - Mögliche Kürzungen der Leistung auf Null einschließlich Mietkosten. Hier droht die Obdachlosigkeit! + wer obdachlos ist hat kein Anrecht mehr auf Hartz4 Empfang + ist aus der Statistik raus. Wir brauchen mehr Brücken oder Auffanglager für Obdachlose. Und als nächster Schritt machen wir einen Zaun um das Lager und behaupten das sind alles Staatsfeinde die den Staat nur auf der Tasche liegen und diese Menschen haben keine Rechte mehr. Wem das bekannt vor kommt der hat in Geschichte aufgepaßt
 - Hausbesuche oder sollte man sagen Hausdurchsuchungen die von Sozialschnüfflern durchgeführt werden um versteckte Vermögen aufzufinden
- Ist da auch nur eine Zahnbürste zuviel im Bad hat man ein Problem.
- Kontrollanrufe der Arge um zu prüfen ob der Hartz4'ler erreichbar ist.
 - Weitergabe aller Daten des Hartz4 Empfängers an Institute wie zb. Infas die die Angaben der Hartz4'ler prüfen sollen und diese mit persönlichen Fragen wie : Wie ist ihr allgemeines Befinden? oder Haben sie ein Auto? Haben Sie eine Freundin? usw. belästigen und schikanieren.
 - Null Euro Jobs => Zwangsarbeit
 - Der Armutsgewöhnungszuschlag von ALG I zu ALG II wird wegfallen. Das heißt für jeden der arbeitslos wird gehts dann nach 12-18 Monaten in ALG I Bezug direkt auf das Abstellgleis Hartz4. Und jeder kann sich bei der heutigen Arbeitsmarktlage schonmal mit dem Gedanken anfreunden das es ihn/sie auch treffen kann. Und wenn es erst mit über 50 ist wenn man für die Wirtschaft nicht mehr effektiv genug ist. Es kann und wird viele treffen die sich heute noch nicht vorstellen können das sie arbeitslos werden.

Es werden von der Politik Mittel eingesetzt die wir am Anfang des 3. Reich schonmal hatten und welche Auswüchse das angenommen hat wissen wir heute auch. Hat man aus der Geschichte nicht gelernt? Diese Änderungen sind meiner Meinung nach zum Teil verfassungswidrig und verstoßen sogar gegen das Grundgesetz!

Wir sind auf dem besten Weg wieder in alte dunkle Zeiten zurückzufallen, doch keiner merkt es (oder will es nicht merken)! Die breite Öffentlichkeit verschließt ihre Augen vor dem wachsenden Elend mitten in Europa, gesteuert von den Leuten, die eigentlich für das Wohl ihrer Untertanen sorgen sollten. Sätze wie von Müntefering ("Wer arbeitet, kriegt was zu essen, er nicht arbeitet braucht nichts zu essen") sprechen für sich und die wachsende Antistimmung gegen Arbeitslose, die von den Politikern auf die Medien und schließlich dem Teil der Gesellschaft übertragen wird, der sich keine Gedanken über Arbeitslosigkeit macht, weil der sich nicht in eine existenzbedrohende Situation hineinversetzen kann. Arbeitslose sind in den Augen vieler nur Sozialschmarotzer, die man durch seine eigenen Steuergelder finanzieren muss. Okay, es gibt einige, die echt keinen Bock auf arbeiten haben, und trotzdem bisschen Geld haben wollen (was spricht eigentlich dagegen? :12: :D) Aber dann trotzdem immer mehr Sanktionen und Gesetze verabschieden, die auch denen das Leben erschweren, die völlig unverschuldet arbeitslos wurden und auch gerne arbeiten würden, um auch ihre Familie zu ernähren, daran denkt natürlich keiner. Armes Deutschland - Du Land der neuen Kälte. Am besten Ausweise abgeben und auswandern... Wenn's so einfach wäre.

... - 1.6.2006 um 22:27

Ach, da fällt mir ein, daß die ganzen Arbeitsunwilligen in den Arbeitsagenturen mir immer noch nicht einige Widersprüche beantwortet haben. Nach drei Monaten darf man eine Untätigkeitsklage einreichen. Wird mal Zeit, auch die Verwaltungsgerichte in der BRD lahmzulegen.

Die Sachbearbeiterin, die mich hatte, hat für den ganzen neuen Scheiß da sowieso keine Zeit, weil ich regelmäßig so ungefähr zwei Widersprüche in der Woche schreibe. Und regelmäßig auch den RP anschreibe, wenn die Antworten ausbleiben. Da müssen die Arbeitslose eben mal mehr Druck machen, damit die erst gar nicht mehr zum kontrollieren kommen.

dian - 1.6.2006 um 23:59

Zitat

Sätze wie von Müntefering ("Wer arbeitet, kriegt was zu essen, er nicht arbeitet braucht nichts zu essen") sprechen für sich

Das hat der wirklich gesagt??

Also so einen Spruch hätte ich jetzt wirklich eher Goebbels oder Himmler zugeschrieben... Erschreckend.

Aber nicht, dass ich jetzt Angst hätte, dass sich die Geschichte wiederholt. Identisch wiederholen wird sie sich in Deutschland mit Sicherheit nicht.

Wie ich schon des öfteren erwähnt habe... das Vierte Reich wird von keinem Führer und keinem Kaiser regiert werden, sondern von überzeugten Demokraten aus der Mitte. Und die neuen Verfolgten werden diesmal auch keine Juden sein, sondern unwillige Arbeitslose und eigensinnige Problem-Schüler, die regelmässig die Ganztagschule schwänzen. Die werden alle ausselektiert... aber nicht an einer Rampe in Auschwitz, sondern mitten unter uns. Jeder wird es sehen können, und kaum einen wird es berühren, denn wer sich nicht an die kapitalistische Leitkultur halten will, ist schliesslich selbst schuld, wenn er nix zu fressen hat.

Und dann wundern sich die heuchlerischen Medien und Politiker auch noch, wenn die Jugendlichen reihenweise Ess-Störungen bekommen, Amok laufen oder ihre Lehrer verprügeln...

Ina - 2.6.2006 um 00:43

Zitat

Die Sachbearbeiterin, die mich hatte, hat für den ganzen neuen Scheiß da sowieso keine Zeit, weil ich regelmäßig so ungefähr zwei Widersprüche in der Woche schreibe.

Du solltest Vordrucke verteilen.

Unmensch - 2.6.2006 um 11:53

Zitat

Original von Killing Joke

Jeder Hartz4 Empfänger ist verpflichtet sich bei seinem Sachbearbeiter abzumelden wenn er den Landkreis/Gemeinde verläßt. Das ganze erinnert mich an das Asylbewerbergesetz.

Wie ist das zu verstehen? Bei längeren Aufenthalten in einer fernen Welt? Soweit ich weiss, war das bisher auch schon so – wenn man in Urlaub fährt oder was auch immer, muss man sich abmelden. Schon aus eigenem Interesse, nicht dass man dann einen schönen Brief bekommt und nicht drauf reagieren kann, weil man nicht Zuhause ist. Ist damit aber tatsächlich ein Kinobesuch in einer anderen Stadt gemeint, dann sollte man dieses Spielchen mal so richtig übertrieben und alle paar Tage sich abmelden, weil man seine wertige Oma in Schlagmichtot besuchen will. Und das durchaus täglich bis zu zweimal! Netter Nebeneffekt wäre, dass man zudem seine Ruhe hat, da man ja abgemeldet ist und keinen Zwängen der Agentur des Bösen nachgehen braucht bzw. kann.

Zitat

Original von Killing Joke

Beweislastumkehr bei Bedarfsgemeinschaften. Heißt Leute die sich in WG zusammentun um günstiger wohnen zu können müssen nun nachweisen das sie keine Eheähnliche Gemeinschaft sind.

Fragt sich nur, wie man das nachweisen soll. Das wäre in etwa so, als ob man vor Gericht beweisen soll, dass man den Kaugummi bei Aldi NICHT geklaut hat, obwohl es behauptet wird. Dabei ist man doch solange unschuldig, bis das Gegenteil bewiesen ist. So kenne ich es jedenfalls noch.

Zitat

Original von Killing Joke

Mögliche Kürzungen der Leistung auf Null einschließlich Mietkosten. Hier droht die Obdachlosigkeit! + wer obdachlos ist hat kein Anrecht mehr auf Hartz4 Empfang + ist aus der Statistik raus.

Ähnliches gab es bisher auch schon. Wenn man unter 25 ist (also für die noch als Jugendlicher gilt), wurden bisher keine Leistungen gekürzt, sondern gänzlich gestrichen. Lediglich die Miete gab es noch, aber wer unter 25 ist, muss ja neuerdings ohnehin wieder bei seinen Eltern einziehen, weil er noch zu klein ist für eine eigene Wohnung.

Zitat

Original von Killing Joke

Kontrollanrufe der Arge um zu prüfen ob der Hartz4'ler erreichbar ist.

Telefonnummer nicht angeben, ganz einfach. Ausserdem ist so ein Telefonanschluss teuer, selbst wenn man wollte, viele können sich das tatsächlich nicht leisten.

Zitat

Original von Killing Joke

Null Euro Jobs => Zwangsarbeit

Ich glaube, da gibt es auch eine Neuerung. Sofort bei Antragsstellung kriegt man nun so ein Zwangsangebot um gleich mal zu testen, ob man auch kooperationsbereit ist. So ein Brief flatterte mir gleich heute ins Haus, nachdem man mich ein halbes Jahr in Ruhe gelassen hatte, nachdem ich freiwillig aus dem Knebelvertrag ausgetreten bin, da es mir zu bunt wurde. Scheinbar geht das Ganze Spiel nun wieder von vorn los. Juhu.

Zitat

Original von Killing Joke

Es werden von der Politik Mittel eingesetzt die wir am Anfang des 3. Reich schonmal hatten und welche Auswüchse das angenommen hat wissen wir heute auch. Hat man aus der Geschichte nicht gelernt? Diese Änderungen sind meiner Meinung nach zum Teil verfassungswidrig und verstoßen sogar gegen das Grundgesetz!

Das mag ja alles sein, nur es wird trotzdem nichts ändern. Alle werden meckern, doch alle werden es auch akzeptieren. Traumhaft wäre es doch, wenn dagegen mal so ein richtig schöner Aufstand geprobt werden würde, um die Grenzen zu demonstrieren, aber der Zug ist längst abgefahren.

Zitat

Original von Killing Joke

Armes Deutschland - Du Land der neuen Kälte. Am besten Ausweise abgeben und auswandern... Wenn's so einfach wäre.

Ja, das legte mir ein Sachbearbeiter tatsächlich auch schon mal nahe. Fand den Tipp auch gar nicht mal schlecht, nur ganz so einfach ist es natürlich wirklich nicht. Auch wenn es die Statistik gerne gesehen hätte.

... - 3.6.2006 um 02:12

Ich schätze mal, daß eine Umkehr der Beweislast auch nicht verfassungskonform wäre.

Einfach gegen alles, was man Scheiße findet, Widerspruch einreichen, das bewegt was. Komischerweise bekomme ich jetzt auf einmal auch Sachen bewilligt, die früher nicht genehmigt wurden. Ich gehe damit aber auch jetzt grundsätzlich an den RP, wenn ich nach drei Monaten keine Antwort habe.

Daß man den Kreis nur nach Voranmeldung verlassen soll, wird hier im Ruhrgebiet zum Zusammenbruch der Agenturen führen. Das sollte man wirklich machen. Am besten für jeden Einkauf, den man mal in der Nachbarstadt machen muß, eine SCHRIFTLICHE Genehmigung verlangen, so ungefähr zwei - bis dreimal täglich und wenn dann keine schriftliche Zusage kommt, immer alles an die nächsthöhere Dienststelle geben. Das macht Spaß.

Jan - 3.6.2006 um 09:09

Solang die Menschen sich das gefallen lassen, wird es so weitergehen.. Auch wenns makaber ist, in diesem Falle wären französische Verhältnisse (Demos, Randalen) doch mal angebracht, um zu zeigen, dass es so nicht weitergehen kann.

Ina - 3.6.2006 um 11:54

Nur damit ihr nicht meint, nur ihr hättet die Irren mit den witzigen Sprüchen:

Nein, so etwas gibt es auch in Vorarlberg. (Wen ich mit der Geschichte langweile, weil sie ihm bekannt ist, den bitte ich um Verzeihung, ich gehe aber davon aus, dass die meisten hier nichtmal wissen, wo das ist.)

Also nun, dieser Irre ist ÖVP-Landtagsabgeordneter und Wirtschaftssprecher und Chef von nem fetten Unternehmen und auf dessen Homepage stand vor ein paar Tagen unter der Rubrik "Jobs" Folgendes:
"Falls Sie gewerkschaftlich organisiert sind oder meinen, dass die Arbeit nur ein notwendiges Übel sei, dann verlassen sie diesen Bereich".

Sowie:
"Wir können in unserem Unternehmen keine Menschen gebrauchen, die nach 40 Stunden schon müde sind."

Tja, und weil es einen kleinen Aufstand deshalb gab, steht die Sache nimmer da und der Mann ist seinen Wirtschaftssprecherjob los.

Allerdings, das muss man sagen - ob es die Sache schlimmer oder besser macht, sei dahingestellt - es war "ein Missverständnis", dass dieser Text online ging, er war eigentlich nicht zur Veröffentlichung bestimmt.

Da hat ihn wohl ein renitenter Mitarbeiter verarscht :D
Tja, sie werden ihn kriegen und hochkant rausschmeißen.

... - 4.6.2006 um 04:36

Das bringt mich auf eine hervorragende Idee, @Maria!

Hat irgendjemand Ahnung, wie man solche Seiten hacken kann?
Ich habe da auch noch ein paar Rechnungen offen mit meinen alten Arbeitgebern.:D

Darkeastwood - 15.3.2007 um 13:42

"Also so einen Spruch hätte ich jetzt wirklich eher Goebbels oder Himmler zugeschrieben... Erschreckend."

Niemals! damals war noch wichtig mit welchem Phrasen man das Volk füttert, jetzt wo der Bürger absolut kein Einfluss auf die Politik hat, können solche Sprüche nur den "Sozialdemokraten" zu geschrieben werden.
Eins ist aber der Mann hat sein Essen bestimmt nicht verdient, da in der Politik so gut wie gar nichts gearbeitet wird.

Zitat:
Plenarprotokoll - Vorab-Veröffentlichung
16. Wahlperiode
85. Sitzung
Berlin, Donnerstag, den 8. März 2007
Beginn: 9.00 Uhr
[...]

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Das Wort erhält nun die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen.
(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)
Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend:
Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der aktuellen Debatte lesen wir viele Überschriften. Sie reichen von "Die gescheiterte Emanzipation" bis zu "Der neue konservative Feminismus". Das Thema bewegt, und das ist gut so.
Es hilft aber auch, auf die nüchternen Zahlen zu schauen, beispielsweise auf die Zahl der Frauen in Führungspositionen: Dort sind Frauen viel zu selten zu finden. Schauen wir auf die Einkommensunterschiede, die eben schon angesprochen worden sind - für gleiche Arbeit ungleicher Lohn -, oder auf die Lage der Frauen im Alter: ***Ein Drittel der Männer über 65 bezieht Sozialhilfe, aber zwei Drittel der Frauen. Diese Zahlen dürfen uns nicht unbeschäftigt lassen.

[...]

<http://www.bundestag.de/bic/plenarprotokolle/plenarprotokolle/16085.html>

Also ungefähr 50% der Rentner können mit ihrer Rente PuffdaddyV Standarte nicht erreichen, und das im "reichstem" Land Europas.

Darkeastwood - 15.3.2007 um 14:01

Original von Killing Joke

Es werden von der Politik Mittel eingesetzt die wir am Anfang des 3. Reich schonmal hatten und welche Auswüchse das angenommen hat wissen wir heute auch. Hat man aus der Geschichte nicht gelernt? Diese Änderungen sind meiner Meinung nach zum Teil verfassungswidrig und verstoßen sogar gegen das Grundgesetz!

Das es gegen Menschenwürde und gegen zahlreiche andere § des Grundgesetzes verstosst, ist schon richtig.

Den Rest habe ich gelöscht, dass könnte in diesen ach so demokratischem Staat unter Strafe stehen, aber der erste Teil der Aussage stimmt nicht so.

... - 16.3.2007 um 03:09

Was stimmt denn daran nicht???

MAUS - 30.3.2007 um 17:48

Arbeit u. Soziales

[B]NRW-Arbeitsminister Laumann dreht Arbeitslosenzentren den Geldhahn zu

Nur eine „Sparmaßnahme“?[/B]

Von Heiko Naumann

Landesarbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) will die Förderung von Arbeitslosen-Zentren auf NULL setzen. Nur noch bis September 2008 sollen die rund 75 Einrichtungen in Nordrhein-Westfalen Zuschüsse aus dem Sozialfonds der EU bekommen. Danach müssen sie sich selbstständig finanzieren - oder schließen. Heiko Naumann, Mitglied der Kölner Erwerbslosen in Aktion / Die KEAs e.V., hat sich über die Gründe Gedanken gemacht. Die Redaktion.

[B]Beratungsscheine auf dem Dienstweg[/B]

Hartz IV-Betroffene, die die Rechtmäßigkeit eines Bescheids durch die ARGE anzweifeln oder den Bescheid schlichtweg nicht nachvollziehen können, haben bislang das Recht, von kostenfreier, externer Beratung Gebrauch zu machen. Gute Rechtsanwälte haben hierfür entsprechende Beratungsscheine vorrätig, die man aber auch beim Sozialgericht beantragen kann. Voraussetzung für einen solchen Beratungsschein von dort ist jedoch die Einhaltung gewisser Dienstwege (z.B. der „Widerspruch“) und die gerichtlich beschiedene Berechtigung des Anliegens sowie Aussicht auf Erfolg. (Weitere Infos unter <http://www.gesetze-im-internet.de/berathig/index.html> <http://de.wikipedia.org/wiki/Prozesskostenhilfe>)

Da verweisen die Sozialgerichte – und im Besonderen das Kölner – schon mal gerne auf die „umfassende Beratungspflicht“ der ARGE selbst. Vorgeblich weil die Sozialgerichte bundesweit seit Einführung Hartz IV „überfordert“ sind, läuft auch hier eine Gesetzesinitiative zur Einführung von Verfahrensgebühren, die für Alg2-Empfänger nicht unerheblich sein werden.

Eine andere Möglichkeit, sich extern und kostenfrei beraten zu lassen, sind die offenen Arbeitslosen-Zentren und andere gemeinnützige Initiativen und Gruppen aus dem Selbsthilfebereich. Bisher jedenfalls! Geht es nach dem Willen der NRW-Landesregierung, soll damit nun demnächst Schluss sein. Den professionell arbeitenden Beratungsstellen sollen die Mittel nicht mehr wie gewohnt gekürzt werden, ab Oktober 2008 soll ihnen der Geldhahn des Landes ganz zugedreht werden.

[B]KALZ in Düsseldorf nicht unbedingt beliebt[/B]

Die Arbeitslosenzentren bieten Treffpunkte für Arbeitslose und Beratung, vermitteln Jobs, bieten Raum für Austausch zwischen Betroffenen, und sie engagieren sich in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. So beteiligte sich das Kölner Arbeitslosenzentrum (KALZ) auch an der Organisation der Montagsdemonstrationen. Mit solchem Engagement machen sie sich in Düsseldorf natürlich nicht unbedingt beliebt.

Wenn man die durch Laumanns Sparmaßnahme einzusparende Summe von 4,6 Mio Euro im Jahr ins Verhältnis zu den hierdurch geförderten 75 tätigen Beratungsstellen und zu anderen Budgets und Kostenfaktoren einer Landesregierung setzt, dann handelt es sich um Peanuts. Und wer die Wichtig- bzw. NOTwendigkeit solcher Stellen anzweifelt, der hat entweder von der Realität aus dem Alltag der Hartz IV-, SGB II- und SGB III-Betroffenen keine Ahnung oder aber er will NEUE Realitäten schaffen. Tatsächlich nämlich würden sich die Ersparnisse erhöhen bzw. höhere Einnahmen für ARGE

und Co ergeben, weil unberatene Hilfeempfänger künftig leichter über die Tücken der Sozialgesetzgebung stolpern und in die Sanktionsfalle laufen würden, wodurch man sie dann leichter über den Tisch ziehen könnte.

Rechtsanwalt Uwe Klerks, Fachanwalt für Sozialrecht und Versicherungsrecht aus Essen, sprach jedenfalls bei seinem Vortrag zur neuen Rechtsprechung zum SGB III am 21. März in Düsseldorf davon, dass die Sozialgesetzgebung und die Urteile der Sozialgerichte immer eisiger werden und mittlerweile Bereiche aus dem Strafrecht eingeflochten werden.

[B]Geht es nur ums Geld?[/B]

Es stellt sich also die Frage, welcher Wert Laumanns Idee vom Sparen tatsächlich zu Grunde liegt. Geht's um Geld? Oder geht's um die politische Dimension des Menschenbildes des verantwortlichen Arbeitsministers, bei dem es sich doch angeblich um einen christlichen Gewerkschafter handelt. Dann wären wir mitten drin in der längst überfälligen Wertediskussion, wo sich die Christen, die Gewerkschafter, die Laumannen mal outen und sagen können, was ihrer Meinung nach Sache bzw. was faul im Staate ist.

Aber egal, ob die Schlechterstellung schon schlecht gestellter Erwerbsloser ein ökonomischer Sachzwang ist oder ob es politisch motivierte Welt- und Wertvorstellungen sind, durch die Unter- und Oberschichten - ähnlich einem Kastensystem nach calvinistischer Schicksalslehre - manifestiert werden sollen; in beiden Fällen ist die Fähigkeit der gegenwärtigen Politik in Frage zu stellen. Ganz zu Schweigen von der VERANTWORTUNG der Politiker. Greift sie gegenüber einem imaginären „Haushalt“ oder ist sie dem „Volk“ / den Menschen gewidmet?

Eine Landesregierung, die in einer der reichsten Industrienationen der Welt – aus welchen Gründen auch immer – nicht in der Lage zu sein vorgibt, 4,6 Mio Euro für lebensnotwendige Hilfe zu tragen: wie soll die das Gewicht der Verantwortung gegenüber ihren „Schutzbefohlenen“ in anderen Fällen stemmen?!

[B]Schröder übernahm die Drecksarbeit[/B]

Als ein gewisser „Sozialdemokrat“ namens Schröder „Hartz IV“ als einzige Lösung schlechthin verkaufen ließ („Es gibt keine andere Alternative!“ O-Ton), lag es selbstverständlich der damaligen Opposition aus CDU/CSU und FDP fern, an diesem Dogma zu rütteln. Billiger konnte man ihnen die Drecksarbeit nicht abnehmen. Der SPD freilich kostete der Coup bis zu 20 Prozent Wählerstimmen und letztlich den Kanzler-Posten. Schlimmer noch, dass sich Begrifflichkeiten wie „sozial“ und „Sozialdemokratie“ seither ad absurdum führen lassen und sowohl die Unionsparteien als auch die FDP sich nach Belieben als die BESSEREN Sozialdemokraten gerieren dürfen. Wenn Hartz IV sozial ist, dann kann die nun angepeilte Schließung unabhängiger Arbeitslosen-Zentren so unsozial auch nicht sein. So einfach ist die Logik, die im medialen Mainstream wohl verpackt ihre Verbreitung findet.

Tatsächlich – so wurde es auch in einer Anfrage der Linkspartei im Bundestag bestätigt – sind die bisherigen Ausgaben durch Hartz IV in etwa gleich denen, die im Haushalt des Bundes auch OHNE HartzIV für die Jahre nach 2005 geplant worden wären. Da aber die Mehrheit der betroffenen Erwerbslosen schlichtweg weniger bekommt als zuvor, kann es sich nur um eine Verschiebung sowohl von barem Geld als auch von Wertvorstellungen handeln, womit wir wieder beim Thema sind. Und da ist es auch nicht verwunderlich, dass es der nordrhein-westfälische Schröder-Jünger und damalige Arbeitsminister Clement war, der die Schuld des ausbleibenden Einspareffekts ganz offen u.a. den Arbeitslosen-Zentren in die Schuhe schob, die durch ihre Beratung den Sanktionenkatalog für Erwerbslose unterlaufen würden.

[B]

Schilys „bessere Moral“[/B]

So genannte Gesetzeslücken also bleiben Managern und Berufspolitikern vorbehalten, während der Erwerbslose gefälligst per Gesetz moralisch tadellos zu sein hat! Zitat Otto Schily (SPD): „Wir sind vielleicht fälschlicher Weise von einer besseren Moral der Betroffenen ausgegangen.“ Eine Moral, die für uns bedeuten soll, auch die Schließung der Arbeitslosen-Zentren tapfer und genügsam zu erdulden, den Frust zu schlucken und bloß nicht per Demonstrationen u.a. Proteste die öffentlichen Straßen und Plätze damit verschmutzen, die just eben von einer Kolonne 1-Euro-Jobber blank geputzt wurden.

Das ist ganz offenbar die Zukunft, ... aber sauber ist sie dadurch nicht !

Online-Flyer Nr. 88 vom 28.03.2007

<http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=10687>

Tetrarchos - 31.3.2007 um 14:21

Naja, das ich als Arbeitsloser ständig weniger Geld kriege und TROTZDEM nichts im Bundeshaushalt gespart wird, ist doch klar:

Ich muss doch vom Munde absparen für unsere tapfere Reichs... äh Bundeswehrluftwaffe in Afghanistan. Auf das dann zum Dank irgendwo ein Hauptbahnhof bei uns mal in die Luft fliegt. :D Das ist eben MERKEL live!

Übrigens: Das Deutsche "Eiserne-Kreuz-Symbol" auf den Bundeswehrereinheiten provoziert auch Muslime ganz besonders. Es ist nämlich quasi IDENTISCH mit dem Tatenkreuz der Tempelritter, des berühmtesten Kreuzritterordens. Nur die Farbe ist schwarz statt rot.

MAUS - 12.4.2007 um 09:02

Hehe:

[B]ARGE Köln gibt „Bundeswehr-Wegtreten“ nach [/B]

Köln (NRhZ/BW, 9.4.) Nach Auseinandersetzungen mit Bundeswehrgegnern in der Kölner Agentur für Arbeit werden – laut Mitteilung des ARGE-Direktors Welters, die monatlichen Werbeveranstaltungen des Wehrdienstberaters im Berufsinformationszentrum zunächst ausgesetzt. Seit November 2006 kam es immer wieder zu Protesten bei der ARGE Köln-Mitte, wo die Bundeswehr versuchte, Arbeitslose zu rekrutieren. Für besonderen Unmut unter den Mitarbeitern der Arbeitsagentur sorgte, wie NRhZ berichtete, der Einsatz bewaffneter Feldjäger im Berufsinformationszentrum am 25. Januar 2007 als Saalschutz vor dem Raum der Werbeveranstaltung. Unter Druck geriet die ARGE aber auch, weil sie „unter 25-jährige Arbeitslosengeld-II Empfänger“ im Rahmen einer so genannten U25-Maßnahme „zur Teilnahme an den Rekrutierungsveranstaltungen der Bundeswehr“ verpflichten wollte. Mehrere junge Arbeitslose aus Köln hatten sich darüber beschwert. Mehr unter www.bundeswehr-wegtreten.tk

http://www.nrhz.de/flyer/suche.php?ressort_id_menu=-1&ressort_menu=News
